

# Presseinformation



## Landtagsfraktion Schleswig-Holstein

Pressesprecherin  
**Claudia Jacob**

Landeshaus  
Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel

Telefon: 0431 / 988 - 1503  
Fax: 0431 / 988 - 1501  
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de  
www.sh.gruene-fraktion.de

Es gilt das gesprochene Wort!

### TOP 27 – Förderung der Beratungsstellen zur Teilzeit-Ausbildung unverzüglich fortsetzen

Dazu sagt die Sprecherin für berufliche Bildung  
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, **Ines Strehlau**:

**Nr. 028.14 / 23.01.2014**

## Alles ist im grünen Bereich

Wir steuern auf einen Fachkräftemangel zu. Bereits heute können nicht alle Ausbildungsplätze besetzt werden. Die Situation wird sich weiter verschärfen. Die Zahlen hat der Wirtschaftsminister genannt.

In Schleswig-Holstein hatten im Jahr 2013 53 Prozent der jüngeren Arbeitslosen zwischen 25 und 35 Jahren keine Berufsausbildung. Etwa 6.000 haben keine Ausbildung. Das ist jeder zweite jüngere Arbeitslose.

Um jedem Jugendlichen die Chance zu geben eine Ausbildung zu machen, sind Teilzeitausbildungen ein wichtiger Baustein.

Der Antrag der CDU unterstellt, dass es die Beratung zu dieser Art von Ausbildung in Zukunft nicht mehr geben wird. Die CDU suggeriert, dass damit auch die Teilzeitausbildung als solche nicht mehr gegeben wird. Das ist falsch! Aber wie ist die Schachlage wirklich?

Handwerkskammern und die Industrie- und Handelskammern haben als Projekt mit Modellcharakter in der abgelaufenen EU Förderperiode die Beratung von Teilzeitausbildung und die Akquise von Teilzeitausbildungsplätzen übernommen.

Sie waren erfolgreich: In der gesamten Projektlaufzeit ab 2006 haben sie mehr als 1.700 Teilzeitausbildungsplätze akquiriert und mehr als 6.000 Interessierte beraten und unterstützt. Die Kammern haben gute Arbeit geleistet. Auch den Betrieben ist zu danken, dass sie diese Form der Ausbildung vermehrt möglich machen.

Davon profitieren sowohl junge Eltern als auch junge Menschen, die z.B. Angehörige pflegen und für die deshalb keine Ausbildung in Vollzeit in Frage kommt.

Dabei haben die Kammern Wissen über Beratung und Betriebe angesammelt – und das war auch so geplant. Der Sinn von Modellprojekten ist, einen Impuls zu setzen und einen An Schub zu geben. Das hat dieses Projekt sicherlich getan.

Bei den Kammern und auch bei den Betrieben ist das Bewusstsein entstanden, dass Teilzeitausbildung ein wichtiger Baustein im dualen System ist.

Deshalb wird mit Auslaufen der EU-Fördergelder kein Teilzeitarbeitsplatz verloren gehen und die Beratung dazu wird weiterlaufen.

Sowohl bei den Kammern, das wird schon bei einem Blick auf die Homepages der Kammern klar, als auch durch andere Stellen:

Da ist zum einen Frau und Beruf. Sie haben viel Erfahrung mit der Beratung von Frauen in unterschiedlichsten Lebenssituationen. Zum anderen wird es eine Aufgabe der neuen FachkräfteberaterInnen sein, sowohl die Betriebe für eine Teilzeitausbildung zu sensibilisieren als auch junge Menschen auf diese Möglichkeit hinzuweisen. Daneben werden auch die Agentur für Arbeit und die Jobcenter über diese Ausbildungsmöglichkeit beraten.

Wichtig erscheint uns, dass der Know-How-Transfer von den Kammern zu den anderen Beratungsstellen gewährleistet ist. Frau und Beruf muss zum Beispiel für ihre Beratung wissen, welche Betriebe in ihrer Region Teilzeitausbildung anbieten.

Und es muss weiterhin eine Vernetzung zwischen den verschiedenen beratenden und den Ausbildungsplatz vermittelnden Stellen geben. Wir sehen die Landesregierung in der Pflicht, dies zu gewährleisten.

Das Beratungsangebot wird also eher ausgeweitet und nicht eingestampft.

Dass die Kammern gerne eine weitere Finanzierung bekommen hätten, ist nachvollziehbar. Aber bei sinkenden EU Mitteln müssen Situationen neu bewertet und Programme hinterfragt werden. Auch der Evaluationsbericht 2013 zum ESF- Zukunftsprogramm Arbeit der vergangenen Förderperiode sagt: „Die Relevanz der Förderung verringert sich allerdings angesichts der Entspannung am Ausbildungsmarkt.“

Es ist also ein gangbarer Weg, den die Landesregierung einschlägt – Beratung bleibt erhalten, wird sogar durch mehr Stellen angeboten, kein Teilzeitausbildungsplatz geht verloren.

Trotzdem dürfen wir uns nicht zurücklehnen. Wir haben immer noch deutlich zu viele Jugendliche, die nach der Schule nicht direkt in die Ausbildung gehen. Im vergangenen Schuljahr waren es etwa 6.500 Jugendliche.

Hier müssen wir an deutlichen Verbesserungen arbeiten und die Jugendlichen weiter unterstützen. Durch eine bessere Berufsorientierung, damit die Jugendlichen wissen, welcher Beruf ihren Interessen am besten entspricht. Durch intensivere Unterstützung an den Schulen durch Lehrkräfte und durch Coaches, damit der Start in das Berufsleben gelingt.

Dort ist das Handlungskonzept PLUS, die Weiterentwicklung der Handlungskonzeptes Schule und Arbeitswelt, ein guter Ansatz. Deshalb ist es richtig, dass die Landesregierung in der neuen EU-Förderperiode bei gesunkenen ESF-Mitteln die Zahl der in diesem Programm betreuten Jugendlichen konstant halten wird.

Auch die Einrichtung von Jugendberufsagenturen, in denen die Jugendlichen gemeinsam rechtskreisübergreifend betreut werden, ist ein guter Weg, um mehr Jugendliche in Ausbildung zu bringen. Den Bericht dazu werden wir in der kommenden Landtagstagung diskutieren.

Es bleibt also noch viel zu tun im Bereich Ausbildung. Wir arbeiten dran. Im Punkt Teilzeitausbildung gibt es keinen Skandal, dort ist keine Panik angesagt – alles ist im grünen Bereich.

\*\*\*